

TOP 3.4.5 Tagung „Kommunaler Ausverkauf – Von der Krise der Privatisierung“

Bis vor kurzem galt die Idee der Liberalisierung und der Privatisierung im Bereich öffentlicher Leistungen geradezu als Allheilmittel. Höhere Effizienz, niedrigere Preise, qualitativ höherstehende Leistungen und bessere KundInnenbeziehungen wurden versprochen, wenn es an den Ausverkauf kommunaler Dienste an meist international tätige Großkonzerne ging. Vermeintlich wegfallende Kosten bzw. erzielte Verkaufserlöse sollten zur Sanierung maroder Gemeindebudgets beitragen.

Mittlerweile ist deutliche Ernüchterung eingetreten. In Paris und Berlin wird die Wasserversorgung zähneknirschend rekommunalisiert. Höhere Preise, unterkapitalisierte Infrastruktur und damit einhergehende qualitativ schlechtere Versorgung haben dafür den Ausschlag gegeben. Wenig positive Erfahrungen werden auch im Zusammenhang mit der Privatisierung von vormals in kommunaler Hand befindlichen Wohnungen, mit privatisierten Krankenhäusern oder liberalisierten Verkehrs- und Energienetzen berichtet.

Die Frage, in welcher Form Leistungen der sogenannten „Daseinsvorsorge“ erbracht werden sollen, wird nun wieder kontrovers und emotional diskutiert. Nicht zuletzt deshalb fand am 15.10.2012 im BIZ der AK Wien die, von der Abteilung Kommunalpolitik organisierte Veranstaltung: „Kommunaler Ausverkauf – Von der Krise der Privatisierung“, statt. Die Teilnahme von mehr als 200 Personen zeigte, dass das Thema mehr als aktuell ist.

Die Veranstaltung hatte den Charakter einer Fachtagung. Zentrales Anliegen war es, möglichst praxisnah, Folgewirkungen von Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen in diversen Bereichen der kommunalen Leistungen (Wohnen, öffentlicher Nahverkehr, Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung) kritisch zu analysieren. Es wurde dabei sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf politischer Ebene angesetzt.

Im Vortrag „Volkswirtschaftlicher Mehrwert kommunaler Dienstleistungen in Österreich“ wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Dienstleister für Wien thematisiert. Insgesamt wird das österreichische BIP durch etwa 1,7 Milliarden Euro direkter Wertschöpfung der kommunalen Infrastrukturdienstleister in Wien um etwa 4,6 Milliarden Euro erhöht und sichert damit in Summe rund 62.000 Arbeitsplätze ab. Eine gute Infrastruktur in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Energie und Wasser ist von zentraler Bedeutung, da sie die Qualität des Wirtschaftsstandorts hebt. Um diese möglichst gut beurteilen zu können, wurde ein Benchmarking-System vom VÖWG entwickelt. Dieses zeigt, dass die kommunalen Dienstleister in Wien – auch im internationalen Vergleich – sehr gut dastehen.

Das Referat „Privatisierungserfahrungen aus Berlin am Beispiel Wohnungen und Wasser“ verdeutlichte auf drastische Art, welche Folgen sich für die Hauptstadt Deutschlands durch Privatisierungen in den genannten Bereichen ergaben. Für die Wasserversorgung bedeutete das beispielsweise deutlich erhöhte Wasserkosten für KonsumentInnen, Beschäftigungsabbau im Wasserversorgungsunternehmen und insgesamt wenig effizienten Umgang mit dem Rohstoff Wasser. Der Verkauf von mehr als 200.000 Wohnungen hatte steigende Wohnkosten, Verdrängung und Segregation, insbesondere von einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sowie auf politischer Ebene, den Verlust wohnungspolitischer Steuerungselemente zur Folge.

Der Vortrag „Privatisierter Öffentlicher Verkehr – ein Widerspruch an sich“ versuchte die Auswirkungen der Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen anhand von internationalen Beispielen zu analysieren. Dabei wurde das Berliner S-Bahn Desaster (mehrmalige Zusammenbrüche des S-Bahnverkehrs) ebenso behandelt, wie die katastrophalen Folgen der völligen Liberalisierung und Privatisierung der britischen Eisenbahn. Ein abschließender Blick nach Österreich zeigte auf, wie die österreichische Bevölkerung die Öffentlichen Dienstleistungen sieht. Es wurden Ergebnisse einer SORA-Umfrage („Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung“), die im Auftrag der AK Wien erstellt wurde, präsentiert. Ein Überwiegender Anteil der Befragten meint, dass Öffentliche Dienstleistungen Arbeitsplätze sichern, faire Arbeitsbedingungen bieten, leistbare Preise haben und auf KundInnenbedürfnisse ausgerichtet sind.

Der Beitrag „Rekommunalisierung der Energiewirtschaft und die Erfahrungen und Entwicklungen in Deutschland“ setzte sich mit der Fragestellung auseinander, wie fehlgeschlagene Privatisierungen wieder korrigiert werden können. Es wurde anhand von drei Beispielen (Hamburg Energie, Integra/KOM9 und Pfalzenergie) veranschaulicht, wie Rekommunalisierung funktionieren kann bzw. welche neuen Problemstellungen sich dabei für die Kommunen ergeben können. Und diese drei Beispiele stehen nicht alleine da, denn eine Schätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik zeigt, dass in Deutschland seit 2007 ca. 60 neue Stadtwerke gegründet wurden.

Den wissenschaftlichen Teil der Fachtagung schloss das Referat zur „Privatisierung von Krankenhäusern in Deutschland“ ab. Sehr anschaulich wurde darin das sogenannte „Privatisierungsnarrativ“ widerlegt. Private Krankenhäuser hätten demnach leichteren Zugang zu (privatem) Investitionskapital, könnten die Behandlungsabläufe effizienter steuern und auch die Qualität der Versorgung verbessern. Hierdurch würden sie den Kommunen helfen, ihre Haushalte zu entlasten, die lokale Versorgung zu modernisieren und einen Qualitätswettbewerb im Krankenhaus - Sektor zu entfachen. Tatsächlich werden aber Investitionen privater Krankenhäuser wiederum zu einem Großteil aus öffentlichen Geldern finanziert, es kommt nicht selten zu sogenannten „Cream skimming“ (Schließungen von nicht-lukrativen Abteilungen) und die angeblich höhere Effizienz privater Krankenhäuser erweist sich bei näherer Betrachtung bloß als höhere „Profit efficiency“.

Der Anspruch der Fachtagung war nicht nur wissenschaftlich zu analysieren sondern auch politisch zu diskutieren und vor allem auch mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen. Ein moderierter Round Table bildete daher den Abschluss der Fachtagung. Dabei wurde versucht, das Meinungsspektrum so breit als möglich abzubilden und DiskutantInnen mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema einzuladen:

Marc H. Hall versuchte als Vorstandsdirektor der Wiener Stadtwerke Einblicke in Frage- und Problemstellungen des Managements kommunaler Leistungen geben. Er wies insbesondere darauf hin, dass sich die kommunalen Dienstleistungsunternehmen aufgrund der Marktliberalisierungen nun im internationalen Wettbewerb befinden und die Wiener Stadtwerke, bei konstant hoher Qualität der Leistungen, mit dieser Herausforderung so gut als möglich umzugehen versuchen.

Christian Meidlinger berichtete als Gewerkschaftsvertreter (GDG) von der anderen Seite der Medaille – wie es den Beschäftigten im Bereich des Öffentlichen Dienstes mit Auslagerungen geht und insbesondere, wie sich hier die Arbeitsbedingungen verändert haben. Er wies darauf hin, dass sich in ausgelagerten Bereich der Arbeitsdruck deutlich erhöht hat, Anstellungsverhältnisse zum Teil prekariert wurden und sich insgesamt die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben.

Harald Steindl wurde als Vertreter der Wirtschaftskammer eingeladen und hat die Sichtweise seiner Institution zum Thema dargelegt. Er sprach sich insbesondere für Private-Public-Partnerschaften aus und wies darauf hin, dass einige Privatisierungen in Wien, wie z.B. der Tiergarten Schönbrunn, durchaus erfolgreich waren.

Last but not least brachte Agnes Streissler ihre Expertise als wirtschaftspolitische Beraterin und Studienautorin in die Diskussion ein. Sie argumentierte für einen gut durchdachten Mix aus öffentlich erstellten Leistungen, Private-Public-Partnerschaften und zum Teil auch privaten Dienstleistungsanbietern.

Es wurde auch eine gemeinsame Presseaussendung unter dem Titel: „AK: Privatisierung wichtiger öffentlicher Leistungen hat sich als Irrweg erwiesen“ erstellt. Neben der Bewerbung der Veranstaltung wurde dabei zu vermitteln versucht, dass „Erfahrungen aus ganz Europa zeigen, dass die Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehört“.

Zusammenfassend können folgende Schlussfolgerungen und Forderungen aus der Fachtagung festgehalten werden:

Privatisierungen sind in den meisten Fällen

- Umverteilungen zu Lasten der Mehrheiten,
- Einschränkungen von öffentlichen Regulationsinstrumente,
- Grenzfälle einer demokratischen Stadtpolitik

Öffentliche Dienstleistungen waren und sind in Europa unter starken politischen Druck. Hier gilt es im Sinne der kommunalen Grundversorgung stets wachsam zu bleiben

Rekommunalisierung ist eine zu prüfende Option, vor allem dann, wenn Verträge mit privaten Dritten auslaufen. Rekommunalisierung ist neben (oder mit) Kooperation und strategischen Allianzen eine Option, wieder mehr Einfluss auf die Leistungserbringung zu gewinnen.

Ein Öffentlicher Verkehr mit Zukunft sollte:

- keine weiteren Liberalisierungen mehr zulassen,
- verpflichtende Sozial- und Qualitätskriterien aufweisen,
- einen Vorrang für Gemeinwirtschaftliche Verkehre postulieren,
- leistbare, hochwertige und sichere öffentliche Verkehrsdienste garantieren,
- faire Bedingungen für die Beschäftigten sicherstellen und
- bedarf eines Bekenntnisses der Politik zur Finanzierung öffentlicher Verkehrsmittel.